



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

100-Prozent-Förderung für Straßenausbaubeiträge

Der Landtag hat am Donnerstag beschlossen, Anlieger ab sofort zu 100 Prozent von Straßenausbaubeiträgen zu entlasten. In der namentlichen Abstimmung votierten die SPD-Abgeordneten gegen den Antrag der NRW-Koalition von CDU und FDP, die Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne enthielten sich. Zugleich soll so rasch wie möglich eine gesetzliche Streichung der Beiträge erfolgen.

Seit 1969 hat keine Landesregierung an eine Reform des Kommunalabgabengesetz (KAG) getraut. Als sich CDU und FDP 2020 an eine hälftige Entlastung der Anlieger wagten, wusste niemand, wie groß der Finanzbedarf für das Förderprogramm sein würde. Die Erfahrung hat gezeigt: Von derzeit 130 Millionen Euro im Fördertopf sind lediglich gut elf Millionen Euro abgeflossen. Die Landesregierung will bis Ende Juni im Einvernehmen mit den Kommunen ein Konzept zur gesetzlichen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorlegen.



Anlieger zahlen nicht mehr

**Wir schaffen Klarheit bei den
Straßenausbaubeiträgen**

CDU
NRW Fraktion

© adobe.stock_338007746

Liebe Leserinnen und Leser,

derzeit überdeckt der menschenverachtende, barbarische Angriffskrieg Putins auf die Ukraine alle übrigen Themen. Er bringt Tod, Leid und Elend für die Menschen in der Ukraine. Familien werden auseinandergerissen, sie verlieren die Heimat und wissen nicht, wie es weitergeht. Putin verletzt eklatant das Völkerrecht. Dieser Krieg ist auch ein Anschlag auf die westlichen Demokratien, auf Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechte. Umso mehr müssen wir uns wieder bewusst werden, dass diese Werte keine Selbstverständlichkeit sind und wir uns stets um sie bemühen müssen. Gerade angesichts der großen Herausforderungen unserer Zeit, dem Wandel in allen Bereichen sind Stabilität und Kontinuität besonders wertvoll. Wir sind als Treuhänder nachfolgender Generationen auch gerade in Krisenzeiten in der Verantwortung, klug, vernünftig und besonnen die Zukunft zu gestalten.

Der Landtag von NRW ist in dieser Woche zu seiner 165., 166. und 167. Sitzung zusammengekommen. Am ersten Plenartag haben die vier Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen eine gemeinsame Resolution „NRW verurteilt den Angriffskrieg auf die Ukraine und heißt Flüchtlinge willkommen“ verabschiedet.

Der Donnerstag begann mit einer Debatte über die gestiegenen Energiepreise. Ein Durchschnittshaushalt muss im Jahr 2022 mit rund 2.000 Euro mehr an Heizkosten rechnen. Auch die Strom- und Spritpreise sind rasant gestiegen. Viele europäische Nachbarländer haben bereits die Mehrwertsteuer auf Strom, Gas und Sprit gesenkt oder Tankrabatte beschlossen. Das Thema des Tages jedoch waren die Straßenausbaubeiträge. Nachdem die NRW-Koalition diese für die Anliegerinnen und Anlieger 2020 um die Hälfte reduziert hat, werden sie ab sofort zu 100 Prozent vom Land gefördert. Am Freitag behandelte das Parlament u.a. einen Antrag von CDU und FDP „Feuerwehr stärken, Attraktivität steigern“, Drucksache 17/16771.

In der ersten April-Woche werden die letzten beiden Plenartage in dieser 17. Wahlperiode stattfinden. Schon jetzt ergeben sich erste Wahlkampftermine im Kreis Warendorf. Ab dem 8. April ruht der Parlamentsbetrieb. Ich freue mich in den nächsten Wochen auf viele Begegnungen im Wahlkreis, über Ihren Zuspruch und Ihre Unterstützung. Bleiben Sie gesund!

Ihr

Daniel Hagemeyer MdL

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

NRW-Landtag debattiert über Spritpreisanstieg

Die Spritpreisexpllosion infolge des Ukraine-Krieges war Thema einer Aktuellen Stunde auf Antrag von CDU und FDP im nordrhein-westfälischen Landtag. NRW und Bayern haben in einer gemeinsamen Bundesratsinitiative als Entlastung unter anderem eine substantielle Absenkung der Steuersätze auf Diesel und Benzin gefordert. Zudem soll die Pendlerpauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer erhöht werden. Auch die Kilometerpauschale für berufliche Fahrten im privaten Auto von derzeit 30 Cent muss angepasst werden.

Zehntausende Plätze für Ukraine-Flüchtlinge

Nordrhein-Westfalen will in den kommenden Wochen Zehntausende zusätzliche Plätze für Flüchtlinge aus der Ukraine schaffen. Die Kommunen in NRW suchen fieberhaft nach Unterbringungsmöglichkeiten für Zehntausende Flüchtlinge. Die FDP will dafür auch Tennishallen nutzen. Angesichts der vielen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine baut NRW seine Kapazitäten für die Aufnahme und Unterbringung aus. Derzeit verfügt das Land über 33 Landesunterkünfte sowie sechs zusätzliche neu geschaffene Einrichtungen.

Neue Verordnung regelt Umgang mit „Problem-Wölfen“

Der Umgang mit sogenannten Problem-Wölfen in Nordrhein-Westfalen soll künftig klarer geregelt werden. Das Landeskabinett hat eine neue Wolfsverordnung beschlossen. Sie schafft rechtliche Grundlagen, um das aktive Vertreiben und im Extremfall auch den Abschuss von Wölfen möglich zu machen. Wölfe sind naturschutzrechtlich streng geschützt. Die neue Verordnung regelt die Ausnahmen, nach denen die Tiere vergrämt oder getötet werden dürfen. Die Entnahme, also der Abschuss, ist demnach etwa zulässig, wenn ein Wolf Menschen verletzt oder sich aggressiv verhalten hat.

Landtag nähert sich Regelbetrieb

Der Parlamentarische Krisenstab Pandemie des Landtags hat die verantwortungsvolle Rückkehr zum Regelbetrieb für das Parlament beschlossen. Der Beschluss vom 8. März 2022 wird jetzt, nach den Entscheidungen des Deutschen Bundestages und der Länder, in Kraft gesetzt. Ab Sonntag, 20. März 2022, werden alle Einschränkungen für das Parlament, die Ausschüsse und alle weiteren Gremien aufgehoben. Zum Schutz des Parlamentsbetriebs besteht weiterhin die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske und die dringende Empfehlung zum Tragen einer FFP2-Maske im Landtagsgebäude. Außerdem gilt weiterhin für alle Personen die 3G-Zutrittsregelung zum Landtagsgebäude. Maskenpflicht und 3G-Regel sind befristet bis zum 2. April 2022.

Das Plenum und die Ausschüsse tagen in voller Stärke, Besuchergruppen können wieder den Landtag besuchen, Veranstaltungen finden ohne Kapazitätsbegrenzungen statt. Aufgrund der positiven Erfahrungen werden die Angebote zur elektronischen Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse per Zuschaltung oder Livestream fortgesetzt. Besuchergruppen können sich beim Landtag Nordrhein-Westfalen wieder für Führungen anmelden – aufgrund der hohen Nachfrage sind Termine ab Ende der Osterferien möglich. Das Parlament öffnet ab 24. April 2022 auch wieder an Sonntagen mit Führungen für Besucherinnen und

Besucher. Im multimedialen Landtagsforum bietet zudem ein Film auf einer 240-Grad-Panorama-Leinwand Informationen über die Arbeit des Landtags und Einblicke in den Alltag im Parlament sowie Wissenswertes über das Land Nordrhein-Westfalen. Weitere Informationen und Anmeldung für Führungen sind möglich beim Besucherdienst.



Foto: Bernd Schälte/ Landtag NRW

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus dem Wahlkreis

Häusliche Pflege braucht Entlastungsangebote

Die Unterstützung pflegender Angehöriger muss ein sozialpolitisches Ziel sein“, ist Heinz-Josef Kessmann überzeugt. Immer belastender werde die häusliche Pflege nämlich für Angehörige auch im Münsterland, weiß der Diözesancaritasdirektor und plädiert beispielsweise für mehr Vereinbarkeit von Beruf und Pflege für Angehörige. Ein Themenfeld, über das sich Kessmann jetzt mit dem heimischen CDU-Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeyer austauschte. Thema des Gesprächs in der CDU-Kreisgeschäftsstelle in Freckenhorst war auch die Kur, die pflegenden Angehörigen nach Bundesrecht zusteht.

Die Beratung dazu habe man als Caritas in der Diözese Münster flächendeckend eingerichtet, machte Kessmann deutlich.



Daniel Hagemeyer ist neuer Kreisvorsitzender der CDA

Die CDA im Kreis Warendorf hat Daniel Hagemeyer MdL zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Gemeinsam mit seinem Vorstandsteam freut er sich auf die zukünftigen Aufgaben und bedankt mich für das ausgesprochene Vertrauen.



Seinem Vorgänger Christian Prahls sagt Hagemeyer ausdrücklich danke dafür, dass er als Vorsitzender 7 Jahre an der Spitze unsere CDA gestanden hat.

Zum neuen Vorstandsteam gehören: Ann-Sophie Pachal (stellv. Vorsitzende), Manuel Ostermann (stellv. Vorsitzender), Martin Pancke (Schriftführer) sowie als Beisitzer Marija Ruzhitskaya, Dieter Bücken, Daniel Pachal und Christian Prahls.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeier

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus dem Wahlkreis

Dank für die Einsatzbereitschaft der Feuerwehrmitglieder

„Wir haben super ausgestattete Feuerwehren im Kreis und eine hochmotivierte Truppe mit fast 2500 Personen“, weiß Heinz-Jürgen Gottmann. Der Vorsitzende des Kreisfeuerwehrverbandes und sein Stellvertreter Benjamin Schürholt haben dennoch Wünsche an die Politik, die sie jetzt mit dem Bundestagsabgeordneten Henning Rehbaum, dem Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeier und dem CDU-Kreisvorsitzenden und Landtagskandidat Markus Höner besprochen.

So erinnerte Heinz-Jürgen Gottmann beispielsweise daran, dass das vom Bund zugesagte ABC-Erkunderfahrzeug trotz längerer Wartezeit noch immer nicht im Kreis angekommen sei. Ebenfalls bat er die Politiker, auf Bundes- und Landesebene zu eruiieren, ob das vom Kreis Warendorf geplante Bürgerschutzzentrum mit Zuschüssen aus Fördertöpfen unterstützt werden könne. Mit dem Bürgerschutzzentrum könne die Katastrophenvorsorge im Kreis noch besser werden, sind Gottmann und Schürholt sicher. „Die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen Feuerwehr, THW, Malteser, DRK, der Polizei und der Bundeswehr läuft im Kreis hervorragend.“



NRW ist Sportland Nr. 1

Kreis Warendorf. 4,822 Millionen Euro aus dem Landesprogramm „Moderne Sportstätten“ sind in den Kreis Warendorf geflossen. „Das Förderprogramm war sensationell“, lobte Christof Kelzenberg die Bemühungen des Landes, den Sportvereinen im Kreis bei der Sanierung vereinseigener Sportanlagen unter die Arme zu greifen. „Erstmals ist Fördergeld direkt an die Vereine geflossen“, stellte das Präsidiumsmitglied des Kreissportbundes (KSB) Warendorf heraus. Voll des Lobes über die Sportstättenförderung war im Gespräch mit dem Bundestags-

abgeordneten Henning Rehbaum, dem Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeier und Landtagskandidat Markus Höner auch Frank Schott. Der KSB-Präsident weiß indes auch, dass die 285 Sportvereine im Kreis Warendorf mitunter besorgt in die Zukunft schauen, fehlten vielerorts doch engagierte Ehrenamtler. „Viele Menschen haben sich das Ehrenamt in der Pandemie angewöhnt“, befürchtet der KSB-Präsident und sieht die Notwendigkeit, eine Großoffensive zu starten, um gerade auch das junge Ehrenamt zu fördern.



Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus dem Wahlkreis

Ukraine-Hilfe muss koordiniert werden: Münsterländische CDU-Abgeordnete im Gespräch mit Regierungspräsidentin

Wie sich die Kreise und Kommunen auf die zunehmenden Flüchtlingszahlen aus der Ukraine vorbereiten, darüber sprachen jetzt die CDU-Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie -kandidaten aus dem Münsterland mit der Regierungspräsidentin Dorothee Feller. Sie berichtete, wie die Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) für weitere Bewohnerinnen und Bewohner hergerichtet werden. Coronahilfen, Bildung, Mobilität, Digitalisierung und Regionalplanung waren weitere Themen des Gesprächs.

„Der regelmäßige Austausch und die Vernetzung sind enorm wichtig für die politische Arbeit“, erklärte Marc Henrichmann als Sprecher der münsterländischen CDU-Bundestagsabgeordneten. Große Anerkennung zollten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der großen Hilfsbereitschaft für Menschen aus der Ukraine. Notwendig sei nun vor allem ein abgestimmtes Vorgehen. Wer Geflüchteten helfen wolle, solle sich an seine Kommune oder seinen Kreis wenden. „Jede Unterkunft hilft. Damit diese Hilfe gezielt ankommt, müssen wir aber koordiniert vorgehen“, zeigte sich Dorothee Feller einig mit den CDU-Politikerinnen und -Politikern. Eindringlich warnten sie davor, sich auf eigene Faust auf den Weg nach Polen oder gar in die Ukraine selbst zu machen. Dies sei mit einem erheblichen Sicherheitsrisiko verbunden.

Große Fortschritte macht nach Auskunft der Regierungspräsidentin die Digitalisierung der Schulen. Zwei Drittel der Mittel aus dem DigitalPakt Schule seien bereits bewilligt worden, das sind fast 100 Millionen Euro. Die Fördergelder, die im Regierungsbezirk Münster für die Ausstattung von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften mit Endgeräten vorgesehen sind, seien nahezu alle bewilligt worden; hierfür standen fast 40 Millionen Euro bereit. Hervorgehoben wurde auch die Bedeutung weiterführender Schulen für kleinere Kommunen.



*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeier

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus dem Wahlkreis



Ostbevern



Oelde

Mahnwachen für Frieden in der Ukraine



Ennigerloh



Beelen



Warendorf

Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Wir fördern die klimafreundliche Nahmobilität mit Schwerpunkt Fahrrad

Das NRW-Verkehrsministerium hat in dieser Woche den ersten Teil des „Förderprogramms Nahmobilität 2022“ veröffentlicht. 253 Maßnahmen werden inklusive der Bundesmittel mit 98,1 Millionen Euro gefördert – auch die Kommunen im Kreis und der Kreis Warendorf selbst können hiervon profitieren. Dazu erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Daniel Hagemeyer:

„Kluge Mobilitätslösungen im Nahverkehrsbereich sind alltagstauglich und gleichzeitig aktiver Klimaschutz. Deshalb führt der erste Teil des Nahmobilitäts-Förderprogramms 2022 den Plan der NRW-Koalition fort, den Rad- und Fußverkehr in Nordrhein-Westfalen mit dem Individualverkehr auf eine Stufe zu stellen.

Immer mehr Menschen in NRW nutzen ihr Rad oder E-Bike in der Freizeit und für den täglichen Weg zur Arbeit. Gut ausgebaute Rad- und Fußwege bedeuten deshalb neben mehr Sicherheit auch mehr Lebensqualität in unseren Kommunen. Dem tragen wir Rechnung: Nordrhein-Westfalen und der Bund unterstützen Städte und Gemeinden finanziell dabei, den Rad- und Fußgängerverkehr vor Ort zu verbessern. Dabei geht es um den Bau von Rad- und Gehwegen genauso, wie um neue Fahrradabstellanlagen, Ladestationen für Pedelecs, Wegweisungssysteme oder mehr Geld für die Öffentlichkeitsarbeit von Akteuren vor Ort. Auch der Kreis Warendorf profitiert direkt vom Förderprogramm Nahverkehr 2022 und kann 1.429.600 Euro für 10 verschiedene Maßnahmen aus dem Programm abrufen. Nie zuvor ist so viel Geld in klimafreundliche Nahmobilität geflossen, wie es in diesem Jahr der Fall sein wird. Die Fördersummen und auch die Anzahl der Projekte, die damit umgesetzt werden übertreffen die aus dem Vorjahr bei Weitem.“



1,4 Mio. Euro für die Nahmobilität

Fördermittel für 10 Maßnahmen im Kreis Warendorf von Land und Bund

Zusatzinfo:

Nordrhein-Westfalen ist das erste Flächenland mit einem eigenen Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz. In diesem Jahr fließen 110 Millionen Euro in den Rad- und Fußverkehr. 98 Millionen Euro kommen dabei aus Landes- und Bundesmitteln und werden von den Kommunen finanziell auf die Gesamtsumme ergänzt. Die NRW-Koalition sieht sich als Partner der Kommunen und der Nahmobilitätsausbau ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Seit Regierungsantritt wurden 500 km neue Radwege in NRW gebaut. **Eine Liste der Projekte im Kreis Warendorf ist auf der folgenden Seite zu finden.**

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Kommune	Maßnahme	Gesamtausgaben	Zuwendung Land	Zuwendung Bund	Zuwendung gesamt
Ahlen	Neubau eines Geh- und Radweges an der K27	230.300 €	34.500 €	172.700 €	207.200 €
Ahlen	Öffentlichkeitsarbeit Nahmobilität	15.000 €	12.000 €		12.000 €
Kreis WAF	Neubau eines Geh- und Radweges i.Z. der K56 Abschnitt 3 Wadersloh	116.000 €	17.400 €	87.000 €	104.4000 €
Kreis WAF	Neubau eines Geh- und Radweges II. BA, 100 Schlösserroute K24 Beckum	217.100 €	32.600 €	162.800 €	195.400 €
Kreis WAF	Modal-Split-Untersuchung 2022	100.000 €	80.000 €		80.000 €
Kreis WAF	Grundhafte Erneuerung des Geh- und Radweges entlang der K14 zwischen Stromberg und Waderloh	600.000 €	90.000 €	450.000 €	540.000 €
Kreis WAF	Fahrradabstellanlage mit 30 Stellplätzen am Kreis- haus	50.000 €	7.500 €	37.500 €	45.000 €
Oelde	Solarbeleuchtung eines Radweges zwischen Wiedenbrücker Straße und Rhedaer Straße	44.000 €	6.600 €	33.000 €	39.600 €
Warendorf	Grundhafte Erneuerung eines Radweges entlang der K30 in Oelde	220.000 €	33.000 €	165.000 €	198.000 €
Warendorf	Öffentlichkeitsarbeit Nahmobilität	10.000 €	8.000 €		8.000 €
					Gesamt: 1.429.600 €



Daniel Hagemeier

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus dem Wahlkreis

Woche des Handwerks - Zuhörtour im Wahlkreis

Im Rahmen der Woche des Handwerks war Daniel Hagemeier MdL auch zu Gast bei A&W Holzbau in Ennigerloh. Im Gespräch mit Geschäftsführer Georg Aufderheide, Achim Gieske (Malerbetrieb Gieske), Hermann Haßlake (Wärme- u. Wassertechnik Haßlake) und Georg Berste (Raumausstatter Berste) ging es um die aktuelle Situation im Handwerk.

Nachwuchssorgen und Möglichkeiten zur Gewinnung neuer Auszubildenden, bürokratische Anforderun-



gen, die besonders die vergleichsweise kleinen Handwerksbetriebe belasten sowie die steigenden Rohstoff- und Energiepreise waren Kernthemen des Austausches. Alle Handwerksunternehmer konnten darauf verweisen, dass sie derzeit junge Menschen in ihren Betrieben ausbilden.

Das Handwerk ist interessant, innovativ und vielseitig - das erfuhr Hagemeier abermals im Gespräch mit Peter Hellweg (Raumträume Hellweg), Roland Brinkmann (FARB STUDIO Roland Brinkmann), Jonas Köller (Elektro Köller GmbH), Michael Oldiges (Bäckerei Oldiges) und Andre Elbracht (Garten•Grün•Design Elbracht).

Vielen jungen Menschen bietet das Handwerk bereits heute eine gute berufliche Perspektive. Trotzdem fehlen in fast allen Handwerksberufen die Nachwuchskräfte. Was dieser Mangel bedeutet, spüren die Bürgerinnen und Bürger zum Teil bereits heute, wenn z. B. die Handwerkerinnen und Handwerker erst in 2 - 3 Monaten Zeit haben. Gewünscht wird u. a. eine engere Verzahnung von Schule und Handwerk inklusive mehrwöchiger Praktika für einen besseren Einblick in diverse Berufsfelder.



Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Fraktion

„Wir brauchen mehr Getreide von hier – aus NRW und aus der EU“

Der Krieg in der Ukraine hat das Stichwort Versorgungssicherheit in aller Munde gebracht. Im Fokus steht dabei vor allem Energie, aber auch für die Versorgung mit Lebensmitteln hat die Krise weit über die Region hinaus Auswirkungen. Die NRW-Koalition von CDU und FDP rückt diese Folgen in den Fokus und bringt in dieser Plenarwoche einen Antrag ein mit dem Titel „Krieg in der Ukraine – Versorgungssicherheit mit Qualitätsgetreide jetzt im Blick behalten“ (Drucksache 17/16769).

Nicht nur auf die Spritpreise und unsere Energieversorgung hat der Krieg in der Ukraine direkte Auswirkungen. Er ist zudem eine Herausforderung für die Lebensmittelversorgung auch in NRW, global betrachtet sogar eine Gefahr für die Bekämpfung von Hunger. Mehr als ein Viertel des Weizens, der in der gesamten Welt gehandelt wird, kommt aus der Ukraine und Russland. Allein Ägypten importiert 80 Prozent seines Weizens aus den beiden Ländern, wodurch dort jetzt ein enormer Engpass droht.

Für uns bedeutet das: Wir müssen unseren Weg jetzt entschlossen weitergehen und die heimische Lebensmittelproduktion in NRW stärken, aber auch die landwirtschaftliche Erzeugung in der gesamten EU voranbringen. Damit wir die Versorgung mit Qualitätsgetreide in der Krise sicherstellen können, brauchen wir vor allem genügend Produktionsflächen. Deshalb muss der Bund sich in Brüssel umgehend dafür einsetzen, dass die für 2023 geplante Stilllegung von landwirtschaftlichen Flächen ausgesetzt wird.

Zudem brauchen wir EU-weit ein Moratorium für die Düngeverordnung von mindestens einem Jahr. Diese Zeit kann die Bundesregierung nutzen, um bei der Ausweisung von nitratbelasteten roten Gebieten verursacherbezogen besser zu differenzieren. Derzeit werden dort pauschal auch Betriebe eingeschränkt, die längst gewässerverträglich wirtschaften. Jetzt geht es in erster Linie darum, deutlich mehr Qualitätsgetreide für die Ernährung zu erzeugen – dafür müssen die vorhandenen Spielräume jetzt schnell und konsequent genutzt werden.

Interkollegialer Ärzteaustausch: „Wir schieben Ärzte-Hopping den Riegel vor“

Der Landtag hat an diesem Mittwochabend einstimmig das Gesetz über einen interkollegialen Ärzteaustausch bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung beschlossen. Dieses Gesetz ermöglicht es künftig Medizinerinnen und Medizinern, sich bei einem Verdacht auf Misshandlung oder Missbrauch mit vorbehandelnden Ärzten zu beraten und so sichere Diagnosen zu stellen. Dazu erklärt Christina Schulze Föcking, Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion für den Kinderschutz:

„Nordrhein-Westfalen geht einmal mehr voran im Kinderschutz. Der Bund hat endlich eine Chance eröffnet, damit die Länder die Schweigepflicht von Ärzten zugunsten des Schutzes von Kindern vor Missbrauch, Gewalt und Verwahrlosung lockern können. Und NRW nutzt diese Chance als erstes Bundesland – ich hoffe und bin sicher, dass andere Länder diesem Beispiel rasch folgen werden.

Mit dem Gesetz schieben wir dem sogenannten Ärzte-Hopping einen Riegel vor. Bisher wechseln gewalttätige Eltern häufig den Kinderarzt, damit die Häufung von Verletzungen ihrer Kinder nicht auffällt. Das ging bislang, weil es Ärzten ohne Erlaubnis der Sorgeberechtigten untersagt war, sich für ihre Diagnose im Zweifelsfall mit einem vormals behandelnden Fachkollegen auszutauschen. Es ist eben ein Unterschied, ob man einmal ein Kind mit seltsamen Striemen behandelt oder es alle zwei Monate damit zum Arzt kommt. Ab sofort haben die Medizinerinnen und Mediziner in Nordrhein-Westfalen Handlungs- und Rechtssicherheit: Schon bei einem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung sind sie gehalten, sich fachliche Hilfe bei Kolleginnen und Kollegen zu suchen.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Änderung des Justizgesetzes: „virtuelles“ Hausverbot bei elektronischen Justizeinrichtungen

Mit der im März 2022 in Kraft getretenen Änderung des Justizgesetzes werden verschiedene Maßnahmen zur Sicherheit in den Gerichtsgebäuden ausdrücklich gesetzlich geregelt. Hierzu gehören etwa allgemeine Zugangskontrollen sowie Hausverbote für Personen, die den Gerichtsbetrieb nachhaltig stören. Bislang waren entsprechende Maßnahmen als Teil des Hausrechts nur gewohnheitsrechtlich anerkannt, nicht aber ausdrücklich geregelt.

Mit dem virtuellen Hausverbot betritt der Gesetzgeber juristisches Neuland. Durch diese Möglichkeit kann auch der Zugang zu elektronischen Einrichtungen der Justiz (z. B. Gerichtspostfächer oder Internetangebote der Justiz mit Kommentarfunktionen) vorübergehend untersagt werden. Entsprechende Maßnahmen können etwa beim massenhaften Versenden von Spam-Nachrichten oder bei sogenannten „Hass-Kommentaren“ geboten sein. Das Gesetz sieht darüber hinaus weitere Regelungen vor, unter anderem zu den Befugnissen der Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister und zum elektronischen Rechtsverkehr.

Minister der Justiz Peter Biesenbach: „Die neue Regelung trägt zur Sicherheit in den Gerichten bei und sorgt zugleich für die rechtsstaatlich gebotene Rechtssicherheit, da die Maßnahmen den Zugang zu Gerichten und damit auch den Zugang zum Rechtsschutz beschränken können. Mit dem ‚virtuellen‘ Hausrecht wird zudem erstmals ein wirksames Mittel gegen Störungen elektronischer Justizeinrichtungen geregelt. Nordrhein-Westfalen ist damit Vorreiter.“

Scale-up.NRW startet mit erster Kohorte – 13 Start-ups stellen sich in Münster vor

Im Rahmen der offiziellen Auftaktveranstaltung des bundesweit einzigartigen Landesprogrammes Scale-up.NRW haben sich die 13 Start-ups der ersten Kohorte in Münster zum ersten Mal öffentlich vorgestellt. Wirtschafts- und Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart begrüßte die Start-ups und betonte die Bedeutung des Skalierungsprogramms für das Start-up-Ökosystem Nordrhein-Westfalen.

Mit dem Programm Scale-up.NRW unterstützt die Landesregierung wachstumsstarke Start-ups aus Nordrhein-Westfalen dabei, die besonderen Anforderungen einer schnellen und internationalen Skalierung zu adressieren. Nach dem intensiven Bewerbungs- und Auswahlprozess mit 110 Bewerbungen ist die erste Kohorte des 18-monatigen Programms am 15. März gestartet.

Scale-up.NRW ist ein wichtiger Meilenstein, mit dem wir unseren Start-ups national und international zu stärkerem Wachstum verhelfen. Gemeinsam machen wir Nordrhein-Westfalen bis 2025 zu einer der TOP 10 Start-up-Regionen in Europa. Ich gratuliere den Gründerinnen und Gründern der teilnehmenden Start-ups und bin gespannt, ihre Entwicklungen in den nächsten 18 Monaten weiter zu verfolgen. Die Bedeutung des Programms sowie die Notwendigkeit und Herausforderungen bei der Unterstützung spätphasiger Start-ups haben Flaschenpost Co-Gründer Christopher Huesmann in seiner Keynote sowie Kreske Nickelsen (Partner bei kineo finance AG), André Christ (CEO und Co-Gründer von LeanIX) und Tanja Rosendahl (Managing Partnerin bei F-LOG Ventures) in einer anschließenden Paneldiskussion thematisiert.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeier

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Land unterstützt erneut Projekte und Vorhaben von bürgerschaftlich Engagierten mit 3 Millionen Euro

Bürgerschaftlich Engagierte, zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen können ab dem 1. April 2022 einen Antrag auf Förderung im Rahmen des Kleinstförderprogramms „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“ stellen. Das Land Nordrhein-Westfalen stellt für das im vergangenen Jahr erstmals aufgelegte Förderprogramm erneut zwei Millionen Euro zur Verfügung. Damit können auch in dieser Förderperiode bis zu 2.000 Vorhaben mit einem Festbetrag von je 1.000 Euro gefördert werden. Das Schwerpunktthema lautet wieder „Gemeinschaft gestalten – engagierte Nachbarschaft leben“. Die Antragsstellung erfolgt über das Online-Förderportal „engagementfoerderung.nrw“.

Die Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt, Andrea Milz, sagte: „Ich freue mich, dass die Engagierten in Nordrhein-Westfalen auch in diesem Jahr eine zusätzliche Unterstützung erhalten und kleinere Projekte und Vorhaben umsetzen können. Bewusst habe ich mich dafür entschieden, das Schwerpunktthema ‚Gemeinschaft gestalten – engagierte Nachbarschaft leben‘ aus dem vergangenen Jahr auch für 2022 auszuloben.“ Staatssekretärin Milz betonte: „Der Krieg in der Ukraine und die Notlage der Menschen erschüttern uns alle zutiefst. Viele von uns haben das Bedürfnis zu helfen und möchten sich engagieren. Auch in Nordrhein-Westfalen suchen Menschen Zuflucht. Über das Förderprogramm können Engagierte, Initiativen und zivilgesellschaftliche Organisationen daher im Sinne des Schwerpunktthemas auch solche Vorhaben umsetzen, welche die Gemeinschaft und das Miteinander vor Ort stärken und Geflüchteten ein Ankommen in der neuen Nachbarschaft erleichtern sollen.“

Antragsstellende, die ihre Maßnahmen im vergangenen Jahr nicht wie geplant umsetzen konnten, haben zudem erneut die Gelegenheit, einen Antrag auf Förderung zu stellen. Die Umsetzung des Förderprogramms übernehmen wieder die 54 Kreise und kreisfreien Städte. Sie kümmern sich um die Bearbeitung der Anträge in ihrem Kreis- bzw. Stadtgebiet. Informationen und hilfreiche Tipps zum Förderverfahren sind zu finden auf: www.engagiert-in-nrw.de

Traditionelle Osterfeuer können wieder stattfinden

In diesem Jahr können traditionelle Oster- und Brauchtumsfeuer wieder stattfinden. Darauf weist das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz hin. In den vergangenen Jahren konnten aufgrund der Regelungen der Corona-Schutzverordnung Veranstaltungen und Versammlungen weitgehend nicht stattfinden.

Zwar ist immissionschutzrechtlich das Verbrennen und Abbrennen von Gegenständen im Freien grundsätzlich untersagt, soweit dadurch die Nachbarschaft oder Allgemeinheit gefährdet oder erheblich belästigt werden. Das Landesrecht räumt den Gemeinden die Möglichkeit ein, Ausnahmen zuzulassen. Als Ausnahmen rechtlich anerkannt sind hierbei Osterfeuer als sogenannte Brauchtumsfeuer, soweit diese von in der Ortsgemeinschaft verankerten Glaubensgemeinschaften, Organisationen oder Vereinen ausgerichtet werden und im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung für jedermann zugänglich sind.

Die Gemeinden können Einzelheiten zur Durchführung der Osterfeuer individuell bestimmen. Daher sollten sich die Organisierenden rechtzeitig über die Regelungen vor Ort informieren und beispielsweise klären, ob Osterfeuer nach Ortsrecht angezeigt werden müssen.

Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de